

# Vermögenssteuern im medialen Diskurs: Wertvorstellungen, Ausgestaltung und ökonomische Auswirkungen

Hendrik Theine, Georg Hubmann und Quirin Dammerer

**Keywords:** Vermögenssteuern, kritische Diskursanalyse, Medienberichterstattung, Österreich

## Abstract

*Die gesellschaftliche und wissenschaftliche Debatte über Vermögenssteuern gewinnt an Intensität. Im folgenden Beitrag analysieren wir ausgewählte befürwortende und ablehnende Argumentationsmuster aus Kommentaren in fünf großen österreichischen Tageszeitungen im Zeitraum von 2005 bis 2020. Aufbauend auf einer bereits publizierten inhaltsanalytischen Untersuchung der Argumente in der Debatte (Dammerer et al. im Erscheinen) werden in diesem Artikel mit Hilfe einer kritischen Diskursanalyse ideologische Bezugspunkte, Metaphern und Stilmittel sowie soziale Akteur\*innen und Quellen identifiziert. Wir zeigen, dass die ablehnenden Argumentationsmuster auf allen untersuchten Ebenen auf vielfältige Weise Vermögenssteuern infrage stellen. Demgegenüber fehlt eine eigenständige und überzeugende befürwortende Erzählung für Vermögenssteuern.*

Hendrik Theine | Wirtschaftsuniversität Wien | [htheine@wu.ac.at](mailto:htheine@wu.ac.at)

Georg Hubmann | Universität Duisburg-Essen | [georg.hubmann@uni-due.de](mailto:georg.hubmann@uni-due.de)

Quirin Dammerer | Wirtschaftsuniversität Wien | [quirin.dammerer@s.wu.ac.at](mailto:quirin.dammerer@s.wu.ac.at)

## 1 Einleitung: Vermögenssteuern im gesellschaftlichen Diskurs

Die politische Debatte über Steuern auf Vermögen gewann in den letzten Jahren an Bedeutung. Dies geschah auch als Reaktion auf die hohe bzw. wachsende Vermögensungleichheit (Alvaredo et al. 2018) und mehrere ökonomische Krisen (z.B. Finanzkrise, Eurokrise, Corona-Krise, Klima-krise). Neben der gesellschaftlichen Auseinandersetzung hat auch im wissenschaftlichen Diskurs das Interesse an der Vermögensverteilung sowie an Möglichkeiten zur Vermögensbesteuerung stark zugenommen (Heck et al. 2020; Piketty 2013, 2019).

Österreich stellt hier einen interessanten Fall dar. Hier ist im europäischen Vergleich die Vermögensungleichheit besonders hoch und das Aufkommen aus Vermögenssteuern besonders gering. Aktuell besitzen 1% der Bevölkerung ca. 40% des privaten Nettovermögens, während der Anteil der vermögensbezogenen Steuern am gesamten Steuer- und Sozialversicherungsaufkommen bei 1,4% liegt (Heck et al. 2020; OECD 2022). In den letzten Jahrzehnten wurden mehrere vermögensbezogene Steuern abgeschafft, darunter die allgemeine Vermögenssteuer in den Jahren 1993/1994. Eine Wiedereinführung in veränderter Form wurde ab 2009 verstärkt diskutiert (Dammerer und Hubmann 2021), politische Initiativen blieben aber bislang ohne parlamentarische Mehrheit.

In der öffentlichen Debatte um Vermögenssteuern spielen Medien eine zentrale Rolle. Sie stellen nicht nur Informationen bereit, sondern tragen, über die Verbreitung und Verstärkung von Narrativen und sozialen Normen, auch aktiv zur Schaffung von sozialen Realitäten bei (Grisold und Theine 2017, 2020). Frühere Studien zeigen eine überwiegend negative Haltung zu Vermögenssteuern in deutschsprachigen Medien (z.B. Dammerer et al. im Erscheinen; Theine 2019). Die Debatte zur Vermögensbesteuerung in Österreich wurde bisher nur exemplarisch im Rahmen der

Piketty-Debatte 2014 und 2015 diskursanalytisch untersucht (Rieder und Theine 2019; Theine und Rieder 2019; Grisold und Theine 2020b). Hier setzen wir an und untersuchen den ideologischen Gehalt der Argumente, die verwendeten Metaphern und die Rolle von sozialen Akteur\*innen in der Diskussion um Vermögenssteuern im Zeitraum 2005-2020. Dazu analysieren wir exemplarisch ausgewählte Argumentationsmuster zu Vermögenssteuern aus Dammerer et al. (im Erscheinen) mithilfe einer kritischen Diskursanalyse tiefergehend.

## **2 Kritische Diskursanalyse als Forschungsansatz**

Der vorliegende Beitrag basiert auf der Kritischen Diskursanalyse (KDA). Die KDA hat ihre Wurzeln in der marxistischen Theorie sowie im (Post-)Strukturalismus, beruft sich auf die Kritische Theorie und wurde u.a. durch die Entwicklung der Diskursforschung, die von der Frankfurter Schule und dem Birmingham Center for Cultural Studies popularisiert wurde, geprägt (Reynolds 2019; Forchtner & Wodak 2017).

Die unterschiedlichen Ansätze der KDA vereint, dass Diskurse als eine soziale Praxis verstanden werden, die sowohl sozial bedingt als auch sozial konstitutiv ist und immer an Fragen von Macht und Machtverhältnissen geknüpft ist. Damit spiegeln Diskurse nicht nur die Realität wider (und sind damit von dieser sozial bedingt), Diskurse konstruieren und reproduzieren auch soziale Realitäten (und sind damit sozial konstitutiv). Die KDA zielt insbesondere darauf ab, als selbstverständlich angesehene gesellschaftliche Annahmen, Ideologien und Weltanschauungen aufzudecken, die von Menschen verwendet werden, um die komplexe Realität zu beschreiben (Fairclough 2007).

Van Dijk (2013) argumentiert, dass die KDA weniger eine konkrete Methode, sondern eher ein spezifischer Forschungsprozess ist, dem eine

kritisch-theoretische Sichtweise sowie ein historisch-informiertes und institutionen-spezifisches Verständnis zugrunde liegt.

Der methodische Schwerpunkt unserer Analyse liegt auf a) der ideologischen Grundhaltung der Zeitungskommentare, b) den verwendeten Metaphern als zentrale linguistische Stilmittel, c) den genannten sozialen Akteur\*innen und den Bezügen auf Quellen in den Texten.

## 2.1 Ideologische Grundhaltung

Ein journalistischer Medienbericht oder Kommentar ist dann ideologisch, wenn auf allgemeine sozial-kognitive Interpretationsrahmen zurückgegriffen wird, um bestimmte Ereignisse, Handlungen oder Personen zu beschreiben. In der Diskussion zum Zusammenhang zwischen Ideologie und Medien kommt van Dijk (2009) zum Schluss, dass sich die dominanten Ideologien oft mit den Positionen und der Macht weißer, männlicher Journalisten der Mittel- und Oberschicht überschneiden – mit beobachtbaren ideologischen Unterschieden zwischen verschiedenen (liberalen vs. konservativen und populären vs. Elite-)Medien. Diese Einschätzung ist schon etwas älter, wird aber auch von neueren Studien gedeckt (siehe zum Beispiel Alamo-Pastrana und Hoynes 2020; Steiner 2017; Jacobs et al. 2021).

Wir operationalisieren die Analyse der ideologischen Grundhaltungen in dem wir, wie von Reynolds (2019) vorgeschlagen, auf die Kodierung von Werten und Weltanschauungen („Value coding“) von Saldaña (2015) zurückgreifen. „Value coding“ berücksichtigt explizit die Perspektiven oder Weltanschauungen, die in einem spezifischen Diskurs vorhanden sind.

Bisherige Analysen haben auf unterschiedliche Aspekte in der ideologischen Grundhaltung der Wirtschaftsberichterstattung hingewiesen – mit einer Tendenz zur Dominanz neoliberaler Perspektiven (Jacobs et al.

2021; Gavin 2007; Preston und Silke 2011). In unserem Fall stehen sich neoliberaler und (weniger stark ausgeprägte) keynesianisch-interventionistische Ideologien gegenüber.

## 2.2 Metaphern und Stilmittel

Diskurse sind auf Grund ihrer Verbreitung durch Kommunikation immer an eine spezifische Sprache bzw. Semiotik geknüpft. Wortschatz und Grammatik sind die beiden Hauptbereiche der Sprache, aber auch Kohäsion und Textstruktur sind wichtige Felder, die bei der Konstruktion von Argumenten und Ideen helfen (Rieder und Theine, im Erscheinen). Die Wahl spezifischer Worte und sprachlicher Stilmittel zur Beschreibung von Personen, Handlungen und Ereignissen erfolgt in aller Regel nicht zufällig, sondern ist ein wichtiger Indikator für die ideologische Haltung. Van Dijk (1991, S. 115-6) weist beispielsweise darauf hin: „[...] stylistic choices also have clear social and ideological implications, because they often signal opinions of the reporter about news actors and news events as well as properties of the social and communicative situation [...]“.

Besonderes Augenmerk legen wir auf emotional aufgeladene Metaphern, die starke Assoziationen und implizite Wertvorstellungen transportieren. Die (Wieder-)Verwendung spezifischer Adjektive und Metaphern ist nicht nur ein machtvoll Instrument, um ein intuitives und wiederhallendes Bild zu kreieren, sondern trägt auch dazu bei, dass spezifische Aspekte im Laufe der Zeit als „normal“ wahrgenommen werden. Metaphern bieten einen Rahmen für das Denken über abstrakte Konzepte, indem sie auf strukturiertes Wissen aus einem semantisch nicht verwandten Bereich zurückgreifen. Metaphern sind also wie Analogien: Wissen aus einem Bereich wird genutzt, um einen anderen Bereich zu beschreiben (Charteris-Black 2017; Thibodeau et al. 2017). Metaphern sind besonders wirksam, wenn sie eine hervorstechende, vertraute Wissensstruktur

(oder ein Gefühl) bei dem\*der\* Empfänger\*in in Erinnerung rufen (Coleman und Ritchie 2011).

Die Verwendung von Metaphern kann eine ideologische Funktion erfüllen. Da die enthaltene Ideologie oft von den Rezipient\*innen (und teilweise auch von den Sprechenden oder Schreibenden) nicht bewusst wahrgenommen wird, sind Metaphern ein sehr effektives Mittel zur Beeinflussung von Diskursen (Mio 1997; Bougher 2012).

### 2.3 Soziale Akteur\*innen und Quellen

Unser dritter Fokus richtet sich auf die sozialen Akteur\*innen. Etablierte Ansätze analysieren beispielsweise die Vielfalt der Akteur\*innen in Medienberichten und ihre Möglichkeiten sich zu äußern. Aus einer normativen Perspektive wird Pluralität und Ausgeglichenheit der vertretenen Akteur\*innen als Schlüsselement der demokratischen Funktion von Nachrichtenmedien angesehen (Beckers und van Aelst 2019). Zentral ist dabei die Frage von Inklusion oder Exklusion, also ob bestimmte soziale Akteur\*innen benannt werden oder nicht. Darüber hinaus können Akteur\*innen persönlich oder unpersönlich, individuell oder kollektiv, durch Bezugnahme auf ihre Person oder ihre Äußerungen einbezogen und dabei aktiv oder passiv dargestellt werden (van Leeuwen 2008).

Soziale Akteur\*innen werden in Medienberichten in zwei unterschiedlichen Kontexten genannt: Zum einen berichten und kommentieren Medien Geschehnisse, in deren Rahmen soziale Akteur\*innen bewertet und auf unterschiedliche Weise (neutral, positiv oder negativ) charakterisiert werden.

Zum anderen ist auch relevant, auf welchen Quellen Medien und Journalist\*innen ihre Arbeit aufbauen (siehe dazu auch Gans 1980). Zentral ist hier das Konzept der primären Definierer („primary definers“) (Hall et al. 1978), als institutionalisierte Quellen, mit denen Journalist\*in-

nen zuerst sprechen, um ein Nachrichtenereignis oder -thema zu verstehen. Sie bekleiden oft offizielle, etablierte gesellschaftliche Positionen (z.B. Regierung, Polizei, Forschungseinrichtungen) und werden typischerweise als glaubwürdiger angesehen als andere Quellen.

Im vorliegenden Artikel analysieren wir im dritten Schritt beide Prozesse, die für den Diskurs in Massenmedien relevant sind: die Nennung und Beschreibung von sozialen Akteur\*innen sowie die Bezüge auf Quellen in den Kommentaren.

### 3 Vorgehensweise und Datengrundlage

Ziel des vorliegenden Artikels ist es, massenmedial vermittelte Diskurse zur Vermögenssteuer in Österreich kritisch zu analysieren. Dabei schließen wir an die Analyse von Dammerer et al. (im Erscheinen) an und verwenden die inhaltsanalytische Auswertung von Kommentaren aus fünf österreichischen Tageszeitungen (*Der Standard*, *Die Presse*, *Kleine Zeitung*, *Oberösterreichische Nachrichten*, und *Tiroler Tageszeitung*) zum Thema Vermögensbesteuerung im Zeitraum 2005-2020 als Datengrundlage.<sup>1</sup> In diesem Beitrag wurden die Kommentare als negativ, positiv oder neutral klassifiziert. Weiters wurden Argumente analysiert und in wiederkehrende Argumentationsmuster zusammengefasst, die wir im Folgenden tiefergehender analysieren.

---

<sup>1</sup> Die Auswahl der Tageszeitungen berücksichtigt, dass 1) nur Zeitungen enthalten sind, die Kommentare von anderen journalistischen Formen abgrenzen, 2) sowohl nationale als auch regionale Tageszeitungen vertreten sind und 3) die Zeitungen verschiedene grundlegende (politisch-weltanschauliche) Ausrichtungen repräsentieren (z.B. linksliberal, bürgerlich-konservativ). Für weitere Details siehe Dammerer et al. (im Erscheinen).

Im vorliegenden Beitrag fassen wir in einem ersten Schritt Erkenntnisse zum massenmedialen Diskurs um Vermögenssteuern aus Dammerer et al. (im Erscheinen) zusammen. Im zweiten Schritt ziehen wir ausgewählte Argumentationsmuster heran und untersuchen in diesen die Rolle von Metaphern, Ideologie, Akteur\*innen und Quellen.

Die drei ausgewählten Argumentationsmuster (siehe Tabelle 1) beinhalten häufig genannte Argumente und bilden unterschiedliche Aspekte des Diskurses ab. Sie sind a) von Wertvorstellungen geprägt (Neid vs. Gerechtigkeit), betreffen b) die Frage der Ausgestaltung (inwieweit wird die Mittelschicht belastet) und diskutieren c) (positive oder negative) volkswirtschaftliche Auswirkungen. Aufgrund der Auswahl bietet sich der Vergleich der entgegengesetzten Haltungen in den befürwortenden und ablehnenden Argumentationsmustern an.

	<b>Ablehnende Positionen</b>	<b>Befürwortende Positionen</b>
<b>Wertvorstellungen</b>	Vermögenssteuern bauen auf Neid, Missgunst und niederen Instinkten	Vermögenssteuern bringen mehr Gerechtigkeit
<b>Ausgestaltung</b>	Vermögenssteuern treffen den Mittelstand	Vermögenssteuern sind zumutbar und treffen nicht den Mittelstand
<b>Volkswirtschaftliche Auswirkungen</b>	Vermögenssteuern sind schlecht für die Wirtschaft	Vermögenssteuern sind gut für die Wirtschaft

Tabelle 1: Übersicht ausgewählter Argumentationsmuster aus Dammerer et al. (im Erscheinen).

## 4 Der mediale Diskurs um Vermögenssteuern<sup>2</sup>

In den Kommentaren aus den fünf Tageszeitungen ist der mediale Diskurs zu Vermögenssteuern überwiegend negativ ausgerichtet: 69% der Artikel lehnen Vermögenssteuern ab, 22% sind positiv eingestellt und 9% vertreten eine neutrale Position. Zwischen den untersuchten Zeitungen gibt es beträchtliche Unterschiede in der Bewertung von Vermögenssteuern. Die Kommentare in *Der Standard* und *Tiroler Tageszeitung* nehmen beispielsweise eine positivere Haltung ein als Kommentare in *Kleine Zeitung*, *Oberösterreichische Nachrichten* oder *Die Presse*. Insgesamt überwiegen die ablehnenden Argumente jedoch in allen Zeitungen; während die Intensität der Ablehnung variiert (siehe Tabelle 2, rechte Spalte). Die unterschiedliche Bewertung von Vermögenssteuern in unterschiedlichen Zeitungen ist ein Muster, das auch schon in früheren Analysen sichtbar wurde (siehe z.B. Grisold und Theine 2018; 2020b).

Zeitung	Ablehnende Kommentare in Prozent		
	Gast-Autor*innen	Journalist*innen	Gesamt
<i>Der Standard</i>	41	60	53

<sup>2</sup> In den Ergebniskapiteln 4-6 wird bei längeren direkten Zitaten die jeweilige Quelle angegeben. Bei kürzeren, direkten Zitaten verzichten wir auf die vollständige Quellenangabe, um den Lesefluss zu erleichtern.

<i>Die Presse</i>	62	94	82
<i>Kleine Zeitung</i>	67	79	73
<i>Oberösterreichische Nachrichten</i>	80	76	77
<i>Tiroler Tageszeitung</i>	38	65	57
Gesamt	55	77	69

Tabelle 2: Anteil ablehnender Kommentare zur Vermögenssteuer (Dammerer et al. im Erscheinen).

Auch mit Blick auf die Autor\*innen ergibt sich ein differenziertes Bild. Während in 77% der Kommentare von Journalist\*innen eine ablehnende Haltung vertreten wird, sind es bei Gast-Autor\*innen „nur“ 55%. Besonders deutlich fällt die Ablehnung (94%) unter den Kommentaren von Journalist\*innen in *Die Presse* aus. Im Umkehrschluss sind nahezu alle Kommentare, die Vermögenssteuern in *Die Presse* positiv bewerten von Gast-Autor\*innen verfasst.

## 4.1 Ablehnende Haltungen zur Vermögenssteuer: Neid, die geschöpfte Mittelschicht und der Schaden für die Wirtschaft

In diesem Abschnitt analysieren wir die ablehnenden Haltungen zur Vermögenssteuer mit Fokus auf Wertvorstellungen (Vermögenssteuern bauen auf Neid, Missgunst und niedere Instinkte), Ausgestaltung (Vermögenssteuern belasten die Mittelschicht) und den volkswirtschaftlichen Auswirkungen (Vermögenssteuern schaden der Wirtschaft).

### 4.1.1 *Vermögenssteuern als Teil einer Neiddebatte*

Ein wiederkehrendes Argumentationsmuster ist, dass die Forderung nach Vermögenssteuern auf Neid und Missgunst gegenüber reichen Menschen beruhe. Auf inhaltlicher Ebene findet hier wenig Auseinandersetzung mit den Argumenten für Vermögenssteuern statt; vielmehr werden diese auf unterschiedliche Art und Weise abgewertet und diskreditiert. Der Vermögenssteuer wird beispielsweise bescheinigt, dass „ihr einziger Nutzen darin bestehe es ‚denen da oben‘ auch einmal zu zeigen“ (Strejcek 2012). Die Forderung nach Vermögenssteuern ist aus dieser Perspektive dazu da, um „Neid zu schüren“, „mit dem Neidkomplex zu spielen“, bzw. an „Neidgefühle“ oder „eher niedrigere Instinkte“ zu appellieren. Damit werde ein in Österreich „recht verbreitetes Gefühl“ bedient, das „perfekt von der notwendigen Umstrukturierung des Landes und der Senkung der Staatsausgaben ab[lenkt]“ (Nowak 2012). Bei der Forderung nach der Vermögenssteuer handle es sich damit um ein „Ablenkungsmanöver“, um den Diskurs von anderen notwendigen Politikmaßnahmen (Sparen, Investieren, Umstrukturieren) wegzulenken.

Diese relativ oberflächliche Diffamierung der Vermögenssteuer findet sich auch auf der Ebene der Formulierungen. Das Nomen „Neid“ wird kreativ verwendet und zu unterschiedlichen Hauptwörtern zusammengesetzt: es werde eine „dumpf-ideologische Neiddebatte“ geführt. Mit

Hilfe von „Neidkomplexen soll politischer Druck bei der Vermögenssteuer aufgebaut werden“ (Jungwirth 2014). Bei der Forderung nach Vermögenssteuern handle es sich um eine „Neidprovokation“, bzw. diese sei eine „Neidsteuer“. Österreich sei eine „Neidgesellschaft“, bzw. eine „Neidgenossenschaft“. Dabei wird nicht konkret benannt, wer eigentlich neidisch ist. Stattdessen wird auf unbestimmte Personengruppen verwiesen: „jemand“, „viele“ oder „die Masse“ neide(n) „jemandem“ oder „dem Nachbarn“ etwas.

Die Forderung nach einer Vermögenssteuer wird als Teil einer populistischen, veralteten und/oder linksradikalen Politik dargestellt. Diese Delegitimierungen werden durch die Verwendung von Metaphern und Vergleichen weiter verstärkt. Vermögenssteuern seien beispielsweise „Robin-Hood-Phantasien“, oder „populistische Wahlkampfschlager“, bzw. Teil des „Klassenkampfes“ oder Linkspopulismus, der „regelmäßig wie hochdosiert auf[tritt]“. Hinzu kommen Metaphern, die Vermögenssteuern als gewaltvolle oder zwangsvermittelte Eingriffe beschreiben. Das Volk werde durch Besteuerung „fiskalisch nieder[gedrückt]“, Vermögenssteuern seien Teil eines „Beutezugs“ gegen die Reichen. Mittels der Vermögenssteuern werden die Reichen „geschröpft“, bzw. ihnen die „Steuerschrauben“ angesetzt. Diese Metaphern charakterisieren Vermögenssteuern als persönlichen Feldzug der Armen gegen die Reichen und weniger als Mittel zur Lösung struktureller Probleme. Entsprechend werden „die Reichen“, „die Begüterten“, „die Wohlhabenden“ oder „die da oben“ recht konsistent als Leidtragende der Forderung nach Vermögenssteuern konstruiert.

Unter den sozialen Akteur\*innen wird hier die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) am häufigsten genannt. Sie wird oft als populistische Partei bezeichnet, die die Neiddebatte anheize, „Reichen-Bashing“ betreibe, um damit von anderen Themen abzulenken oder um eigennüt-

zig den Zuspruch bei Wahlen zu maximieren. Immer wieder werden dafür zugespitzte Formulierungen verwendet: Die SPÖ sei eine „Partei mit jugendfrischen ÖBB-Pensionisten“ (Schöpf 2014) oder finde ihr „Heil in der höheren Besteuerung der Begüterten“ (Kübeck 2014). Francois Hollande, welcher in Frankreich eine höhere Vermögenssteuer eingeführt hat, wird als „Linksausleger“ bezeichnet. Mit diesen Formulierungen wird versucht politische Entscheidung zu delegitimieren und Glaubwürdigkeit zu untergraben.

#### 4.1.2 *Vermögenssteuern belasten den Mittelstand*

Ein zweites ablehnendes Argumentationsmuster zielt darauf ab, dass der Mittelstand durch Vermögenssteuern stark belastet werde. Der gängigste Argumentationsstrang verknüpft die Frage der Treffsicherheit der Vermögenssteuer mit dem potenziellen Steueraufkommen. Dadurch wird insinuiert, dass Vermögenssteuern nur bei einer Einbeziehung des Mittelstands relevante Einnahmen für den Staat bringen würden und damit auch der Mittelstand betroffen wäre. Ergänzt wird die Kritik mit Verweisen auf die ohnehin schon „zu hohe Steuerbelastung“ oder „die mehrfache Besteuerung“ als Folge der Einführung einer Vermögenssteuer. Die Vermögenssteuer wird analog zu anderem staatlichem Handeln im Sinne neoliberaler Staatskritik als ineffizient und nicht treffsicher bewertet.

Ein weiterer Argumentationsstrang diskutiert grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen, die dem Mittelstand, als Folge der Einführung von Vermögenssteuern, schaden würden. Dabei geht es um den „Verlust von Leistungsanreizen“ oder die „Beschränkung von persönlichem Eigentum“. Vermögenssteuern wird so die Legitimität abgesprochen und das Grundsatzargument ‚Steuern sind per se schlecht‘ in seinen ideologischen Bezügen geschärft. Hier zeigen sich Parallelen zu neoliberalen Argumenten über die zentrale gesellschaftliche Rolle von Leistungsanreizen, Privateigentum und individueller Freiheit.

Analog zur Abwertung staatlichen Handelns werden auch die Politik und Politiker\*innen als zentrale Akteur\*innen im Staat kritisiert und als „gierig“ und „verschwenderisch“ dargestellt. Die Vorbehalte von „Populismus“, „politischem Opportunismus“, „Wählertäuschung“ oder die Bewertung von Vermögenssteuern als „politische Fehler“ bzw. „Reichenfeindlichkeit“ zeigen die teils polemische Ablehnung und die Versuche der Diskreditierung einer vom Neoliberalismus abweichenden Sicht auf Wirtschaft und Gesellschaft.

Auch in den verwendeten Metaphern und Stilmitteln zeigt sich die neoliberale Ablehnung von Steuern. Steuern werden analog zum Grundargument „Steuern sind schlecht“ als Last oder Bürde dargestellt, der Staat als gierig und verschwenderisch. Von den „Massensteuern“ seien alle betroffen und es wird Angst geschürt: „Und da die Staatspleite vor der Tür steht, tarnen die Politiker diese Enteignung gar nicht mehr als Reichensteuer, wie dies hierzulande geschieht. Es geht allen an den Kragen“ (Hofer 2014).

Politik, Parteien und der Bevölkerung werden nicht nur der Sachverstand abgesprochen; sondern auch opportunistische Motive und Geringschätzung gegenüber der Politik unterstellt. In verschiedenen Argumenten wird auch mit Neid- und Täuschungsvorwürfen oder gezielter begrifflicher Abwertung sowie mit drastischen Formulierungen gearbeitet, um den eigenen Argumenten gegen Vermögenssteuern – sie schaden dem Mittelstand - Nachdruck zu verleihen. So werden Vermögenssteuern schnell „Scharf am Rande der Neidkomplexe und des Klassenkampfes (Eigentum ist Diebstahl!) [...]“ (Gruber 2005) gesehen. Die Rede vom „hart erarbeiteten und hochversteuerten Einkommen“ (Rief, 2012) bildet das neoliberale Leistungs- und Anreizprinzip in den ablehnenden Argumenten ab.

Die Mittelschicht oder der Mittelstand sind zentrale Akteur\*innen, wer dazu gehört wird von Gegner\*innen und Befürworter\*innen unterschiedlich definiert. Das ist in der Debatte, ob Vermögenssteuern den Mittelstand treffen, zentral. Für Gegner\*innen reichen diese „[...] bis weit hinein in den Mittelstand: den Zahnarzt, der eine Vorsorgewohnung gekauft hat, ebenso wie den mittleren Beamten, der sich als Altersvorsorge ein Aktienpaket hat einreden lassen“ (Fritzl 2009). Der Begriff Mittelstand wird oft synonym gesetzt mit „Häuslbauern“, „Eigentumswohnungsbesitzern“, „Schrebergartenbesitzer“ oder mit denen, die „Schmuck zu Hause haben“.

In diesem Argumentationsmuster finden sich nur in Ausnahmefälle Verweise auf Institutionen, Expert\*innen oder wissenschaftliche Untersuchungen. Wenn dann meist in Form von Verweisen auf ein Zitat eines politischen Gegners, um diesem dann in polemischen Formulierungen Glaubwürdigkeit oder Kompetenz abzusprechen.

#### 4.1.3 *Vermögenssteuern schaden der Wirtschaft*

Im dritten ablehnenden Argumentationsmuster wird argumentiert, dass Vermögenssteuern „leistungsfeindlich“ seien, Leistung „bestraf[en]“, zu „Leistungsverweigerung“ führen, die „Neigung [zu] Leistungsbereitschaft beschädigen“ und einen „Anachronismus in einer leistungsorientierten Gesellschaft“ (Prior 2012) darstellen. Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer in Österreich würde den Wirtschaftsstandort damit entscheidend „schwächen“. Vermögenssteuern seien „eigentumsfeindlich“; Eigentum jedoch „ein Grundwert einer freien Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“ (Stummvoll 2019). Diese rütteln daher auch „an der freien Gesellschaft“ und würden „Wirtschaft und Gesellschaft einen entscheidenden Produktionsfaktor“ (Mahrer 2013) nehmen. Ohne expliziten Rückgriff auf konkret ausformulierte Werte wird zudem auf die negativen

Folgen von Vermögenssteuern für Investitionen, Wachstum und Arbeitsplätze hingewiesen. Im Zentrum dieses Argumentationsmusters stehen damit typische neoliberale Grundwerte: Leistung, Eigentum, Wettbewerb, Standort und Freiheit.

Eine Reihe von Metaphern unterstützen diese Argumentationsweise. Vermögenssteuern „bestraf[en]“ etwa Leistung, sie bewirken „Kapitalflucht“ bzw. „Kapitalabfluss“ ins Ausland. Die Einführung der Vermögenssteuer in Frankreich wird als warnendes Beispiel herangezogen. Die Franzosen würden „das Bleigewicht“ einer Vermögenssteuer tragen; sie wäre „Gift für die bereits in größten Schwierigkeiten befindliche französische Wirtschaft“ (Rohan 2012). Steuerreformen, die den Wirtschaftsstandort „schwächen“, seien „ein Rohrkipper“; durch sie würden Jobs „vernichte[t]“. Zudem wären sie „wider die ökonomische Vernunft“ und ein Griff „in die sozialistische Mottenkiste“. Die Nicht-Einführung einer Vermögenssteuer hätte hingegen dazu geführt, dass Unternehmen nicht mehr „zittern“ müssten.

Bei den sozialen Akteur\*innen wird ein Schwerpunkt auf Unternehmen gelegt. Es wird betont, dass Unternehmen in der Vergangenheit von Vermögenssteuern „belastet“ wurden. Entsprechend habe eine Wiedereinführung „eine Substanzverringerung, also Teilenteignung zur Folge“, die „die steuerliche Last der Unternehmen in die Höhe treiben“ (Androsch 2009) würde. Gerade „Familienunternehmen, die überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze schaffen und auch noch standorttreu sind“ wären von einer Vermögenssteuer „besonders stark betroffen“, wodurch „noch weniger [für Investitionen] zur Verfügung“ stände. Der „Ruf nach neuen Steuern“ würde „wohl so manchen Unternehmer in seiner Auffassung bestärken, die Finger von Investitionen zu lassen“ (Schnauder, 2016). Eine Vermögenssteuer könnte weiters dazu führen, dass sich „erfolgreiches unternehmerisches Arbeiten nicht mehr lohnt oder es zu mühsam

wird“ (Rauscher 2014) und Unternehmen könnten möglicherweise das Land verlassen.

In den ablehnenden Argumenten werden selten Quellen verwendet. Bezug genommen wird etwa auf das französische Finanzministerium, „Vermögensexperten“ und „eine Studie“. Basierend auf diesen Quellen wird argumentiert, dass die Vermögenssteuer zu Abfluss von Kapital und Abwanderungen von wohlhabenden Bürgern (aus Frankreich) ins Ausland geführt habe. Dadurch entstanden Steuerverluste und das Wirtschaftswachstum sei gesunken. Auch Ferdinand Lacina, ehemaliger SPÖ-Finanzminister und federführend in der Abschaffung der Vermögenssteuer 1993/1994 wird als Quelle genannt: „Erst kürzlich hat Ferdinand Lacina, der kaum dem rechten SPÖ-Lager zuzurechnen ist, vor einer Vermögenssteuer [...] auch aus ökonomischen Gründen gewarnt.“ (Jungwirth 2015). Der explizite Hinweis auf die politische Situierung von Lacina wird hier dazu genutzt, um die Ablehnung einer Vermögenssteuer als nicht ideologisch darzustellen.

## 4.2 Befürwortende Haltungen zur Vermögenssteuer: Gerechtigkeit, Vorteile für die Mittelschicht und positive wirtschaftliche Entwicklung

In diesem Abschnitt analysieren wir die befürwortenden Haltungen zur Vermögenssteuer mit Fokus auf Wertvorstellungen (Vermögenssteuern führen zu mehr Gerechtigkeit), Ausgestaltung (Vermögenssteuern belasten die Mittelschicht nicht) und volkswirtschaftlichen Effekten (Vermögenssteuern nutzen der wirtschaftlichen Entwicklung).

### 4.2.1 Vermögenssteuern für mehr Gerechtigkeit

Dieses befürwortende Argumentationsmuster baut auf der Haltung auf, dass die Einführung von Vermögenssteuern zu mehr Gerechtigkeit im

Sinne einer gerechten Verteilung der Steuerlast nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip und zu einer Reduktion der ungleichen Vermögensverteilung führe. Zum einen wird davon ausgegangen, dass das Steuersystem in Österreich sich an der „individuellen Leistungsfähigkeit“ orientieren sollte, was aktuell nicht gegeben sei, da Arbeit höher besteuert wird als Kapital. Dafür brauche es mehr Steuergerechtigkeit. Denn: „die vermögensbezogene Besteuerung ist verglichen mit der Besteuerung von Einkommen extrem niedrig“ (Sprenger 2009), was dazu führt, dass „sehr reiche Personen bislang keinen fairen Beitrag zum Gemeinwohl“ leisten (Mittendrein und Schwarz 2010). Gleichzeitig seien „Vermögenssteuern gut geeignet, die Ungleichverteilung der Vermögen zu korrigieren“ (Anderwald 2020).

Auffallend ist, dass zwar durchaus die eigene ideologische Grundhaltung ausformuliert wird, gleichzeitig, aber auch sehr abwägende Formulierungen verwendet und Gegenargumente vorweggenommen werden. Beides führt zu einer Abschwächung und letztlich diskursiven Unterwanderung der eigenen Position. Beispielsweise argumentiert Völker (2011) für eine Vermögenssteuer bei der es aber „nicht darum[geht], [die Oberschicht] auszuplündern oder ihr ihr Vermögen wegzunehmen. Es geht nicht um Klassenkampf. Es geht um Gerechtigkeit, um ein bisschen davon.“ Statt sich entschieden für eine Vermögenssteuer zu positionieren und Argumente anzuführen, wieso diese zu mehr Gerechtigkeit führe, wird versucht vorsorglich potenzielle Gegenargumente zu entkräften. Das schwächt die Position der Befürworter\*innen im Diskurs:

„Sachlich ist zur Einführung vermögensbezogener Steuern in Österreich eigentlich alles gesagt, was zu sagen ist: Sie treffen nicht den Mittelstand, sie bringen den Budgets viel Geld, sie sind leicht (wieder)einzuführen, sie gelten als gerecht, sie behindern die wirtschaftliche Entwicklung nicht, sie sind im internationalen Vergleich so niedrig, dass sich kein Politiker rechtfertigen müsste [...]“ (Wall-Strasser 2009).

Als soziale Akteur\*innen werden insbesondere die „77.000 Dollarmillionäre“, die „obersten Tausend“ und „sehr reiche Personen“ in den Vordergrund gerückt, die die Vermögenssteuern zu leisten hätten. Die „Mittelschicht“ bzw. der „Mittelstand“ werden als nicht betroffen beschrieben und die „Unterschicht“, das „abgehängte [...] Prekariat“ sowie „der kleine Mann“ könnten von der Einführung der Vermögenssteuer profitieren. Teilweise werden Gegensätze zwischen unterschiedlichen Gruppen aufgebaut, wie beispielsweise zwischen „Einkommens- und Vermögensschwachen“ und „Wohlhabenden“ sowie zwischen „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern“ und „Millionären“. Im Gegensatz zur Neiddebatte – die Vermögenssteuern ablehnt – fällt auf, dass hier regelmäßig auf Quellen verwiesen wird, um die eigene Position zu belegen. Die häufigsten Quellen sind dabei Ökonomen wie Thomas Piketty oder Sir Anthony Atkinson, die die Ungleichheit von Vermögen und Einkommen erforschen und basierend auf ihren Erkenntnissen höhere Vermögenssteuern fordern.

#### 4.2.2 *Vermögenssteuern treffen nicht den Mittelstand*

Die Argumentationsstränge für Vermögenssteuern beziehen sich oft auf Gerechtigkeit als gesellschaftliches Ziel, das dem Mittelstand nütze.<sup>3</sup> Es gehe darum „Ungleichheit zu reduzieren“, „solidarisch umzuverteilen“ und das Leistungsfähigkeitsprinzip in der Gesellschaft zu stärken. Wesentliche Triebfedern dafür sind Staat und Politik, deren Rolle in den befürwortenden Argumenten positiv - als Schlüssel zur Umsetzung einer solidarischen Gesellschaft - diskutiert werden. Gerechte Verteilung - im

---

<sup>3</sup> Vermögenssteuern nützen bei erfolgreicher Einführung wahrscheinlich nicht nur dem Mittelstand. In den untersuchten Argumenten findet sich aber genau diese diskursive Verkürzung und Fokussierung auf den Mittelstand.

Sinne der steuerlichen Entlastung von Arbeit und der stärkeren Einbeziehung von Kapital - wird als Schlüssel zu einer positiveren realwirtschaftlichen Entwicklung, von der alle profitieren, gesehen.

In den Argumenten für Vermögenssteuern finden sich im Vergleich zu den ablehnenden Argumentationsmustern weniger Metaphern, Stilmittel und polemische Aussagen. Das spricht für einen anderen Stil, der sich darauf konzentriert, ablehnende Argumente auf Basis von Fakten und Expertisen zu widerlegen. Die Formulierungen bedienen sich oft nüchterner und sachlicher Sprache. Auffällig ist, dass Argumentationen für Vermögenssteuern häufig im Konjunktiv formuliert sind. Das schwächt die Wirksamkeit entscheidend ab und macht aus einem normativ starken Argument eine vage Vorhersage: „Angesichts der hohen Konzentration von Eigentum auf eine Oberschicht würden jene zahlen, die einen Beitrag verkraften können.“ (John 2011).

Die am häufigsten genannten Akteur\*innen sind Millionär\*innen und Milliardär\*innen, die „einen gerechten Beitrag“ zu leisten hätten. Der Mittelstand als Akteur wird hier als Gruppe definiert, die von einer Vermögenssteuer nicht betroffen ist, sondern davon profitiert. Diese Definition spricht – im Gegensatz zu der in den ablehnenden Argumenten getroffenen - für die Treffsicherheit von Vermögenssteuern.

Unter den Argumenten für eine Vermögenssteuer finden sich häufiger Verweise auf Institutionen (Oxfam, OECD oder die Nationalbank). Der Bezug auf Fakten aus Studien dieser Organisationen sollen die Argumente inhaltlich gestützt und ihre Glaubwürdigkeit gestärkt werden.

#### *4.2.3 Positive Effekte der Vermögenssteuer auf die Wirtschaft*

Im dritten Argumentationsmuster werden Vermögenssteuern als notwendiger und fundamentaler Bestandteil der Volkswirtschaft angesehen, um wirtschaftliche Stabilität zu gewährleisten und finanzielle Mittel von „produktiven“ zu „unproduktiven“ Verwendungsarten umzulenken (z.B.

von der Finanz- in die Realwirtschaft). Darüber hinaus wird die Einführung einer Vermögenssteuer auch mit saldenmechanischen Argumenten begründet. Dieser Argumentationslinie nach bedingen sich Vermögen und Schulden gegenseitig. Die Rückführung der Schulden auf ein niedrigeres Niveau mittels Vermögenssteuern wird daher als eine sinnvolle Politikmaßnahme angesehen, um Staatsschulden zu reduzieren. Über die ideologischen Argumentationsstrukturen hinweg werden Vermögenssteuern auch als wichtige Maßnahme zur Steigerung von Konsum, Investitionen und Wirtschaftswachstum, zur Senkung der Inflation und für eine Steigerung des Arbeitsplatzangebots verstanden. Die befürwortenden Argumente in dieser Kategorie basieren damit auf einer keynesianischen Sichtweise wirtschaftlicher Zusammenhänge.

Die ideologische Basis wird wiederum mithilfe von Metaphern gestützt. Die Kritik an gesellschaftlichen Entwicklungen, wird mit drastischen Metaphern verstärkt. So wäre die „exorbitante“ bzw. „explodierende“ Ungleichheit zwischen „Arm und Superreich“ „aktuell die größte ökonomische und politische Gefahr“ und würde „zu weiteren ökonomischen Katastrophen führen“. Schulden und Finanzvermögen werden als „Ehepaar“ dargestellt, Finanzmärkte als (globales) Kasino, auf denen „giftige“ Finanzprodukte gehandelt werden. Mit Vermögenssteuern könne wiederum die Wirtschaft stimuliert und „dem Wirtschaftskreislauf [...] brachliegende Mittel“ zugeführt werden. Das Wirtschaftswachstum würde mit Vermögenssteuern im Gegensatz zu Sparpaketen nicht „abgewürgt“ und anstatt mit höheren Steuern auf Konsum und Arbeit wie mit „Benzin Feuer [zu] löschen“ könnte man mit ihnen „die grassierende Arbeitslosigkeit“ reduzieren und besser zur „Genesung der Wirtschaft“ beitragen, da sie Vermögen besteuern „das zu einem Gutteil gehortet und nicht ausgegeben wird“.

Als soziale Akteur\*innen werden vor allem „Reiche“, „Vermögende“ bzw. die „Oberschicht“ und „die Bevölkerung“ genannt. Vermögende sollten einen „fairen Beitrag“ leisten, was auch „ökonomisch sinnvoll“ wäre. Mit der Festsetzung eines Freibetrags würde eine Vermögenssteuer „auch die meisten „Häuslbauer““ nicht treffen, „im Gegensatz zu den wirklich Vermögenden“ (Blaha 2020). Reiche würden aufgrund der hohen Konzentration von Vermögen „einen Beitrag verkraften“ (John 2011), während auf der anderen Seite große Teile der Bevölkerung von Vermögenssteuern nicht betroffen wären. Man würde damit die „täglich arbeitende Bevölkerung“ mit der Finanzierung von Krisen „nicht im Regen stehen“ lassen und könnte das Aufkommen aus der Steuer „wieder direkt in die Bevölkerung“ investieren.

Befürwortende Argumente greifen häufiger auf Quellen zurück. Beispielsweise werden nationale und internationale Institutionen wie der IWF, die OECD oder das Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO sowie einige bekannte Ökonomen und Politiker (Stephan Schulmeister, Joseph Stiglitz, Franklin D. Roosevelt) herangezogen, um die Notwendigkeit einer höheren Vermögensbesteuerung zu unterstreichen. Dabei wird auch explizit darauf hingewiesen, dass manche der Institutionen nicht im Verdacht stehen eine erhöhte Vermögensbesteuerung aus ideologischen Gründen zu unterstützen: „[...] wenn die OECD - die wohl nicht im Verdacht steht, für den Klassenkampf zu mobilisieren - bereits das zweite Mal in ihren Jahresberichten Österreich wegen der zu niedrigen Vermögensbesteuerung ermahnt, dann ist die Sache klar“ (Wall-Strasser 2009). Diese Betonung soll - ähnlich wie bei ablehnenden Argumenten - dazu dienen die Glaubwürdigkeit der genannten Quelle zu erhöhen.

## 5 Fazit

Der Diskurs zu Vermögenssteuern in den untersuchten österreichischen Medien fällt überwiegend negativ aus. Die Analyse von ideologischen

Grundhaltungen, Metaphern und der Rolle von sozialen Akteur\*innen verdeutlicht dieses Bild und zeigt wie neoliberale Ideologie - in Form von Stehsätzen ohne tiefere Belege und polemische Formulierungen - verwendet wird, um die Forderungen nach einer Besteuerung von Vermögen zu delegitimieren. Dem liegen auch unterschiedliche Vorstellungen einer gerechten Gesellschaft zugrunde. Ablehnende Argumentationsmuster verstehen Reichtum als legitim erworben und als Ausdruck individueller Leistungsfähigkeit. Befürworter\*Innen von Vermögenssteuern erachten eine Umverteilung von Reichtum als gerecht, weil mit den zusätzlichen Staatseinnahmen das Gemeinwohl gestärkt werden könnte.

Gegner\*innen framen die Forderung nach Vermögenssteuern als Neiddebatte und unterstellen somit den Befürworter\*innen niedere Motive mit dem Ziel ihre Glaubwürdigkeit zu schwächen. Weiters wird betont, dass auch der Mittelstand von Vermögenssteuern betroffen wäre, oder Vermögenssteuern werden als Bestrafung bzw. leistungsfeindlich und damit als Hemmnis für eine gute wirtschaftliche Entwicklung dargestellt. Das Infragestellen der Legitimität von Vermögenssteuern ist damit in allen drei untersuchten ablehnenden Argumentationsmustern vorhanden.

In allen drei ablehnenden Argumentationsmustern sind Politiker\*innen, die Vermögenssteuern unterstützen bzw. die Politik an sich ausgeprägte Feindbilder. Sie würden Neid schüren, aus opportunistischen Antrieben handeln und über keinen Sachverstand verfügen. Die Abwertung von Politik und Politiker\*innen sowie das Schlechttreden des Staates sind typische neoliberale Muster in der Debatte. In den ablehnenden Argumenten werden insgesamt selten Verweise auf Quellen verwendet.

Die befürwortenden Argumente sind über alle Argumentationsmuster hinweg tendenziell eher abwägend und meist im Konjunktiv formu-

liert, was ihre diskursive Kraft stark beschränkt. Regelmäßig wird versucht, ablehnende Argumente inhaltlich zu widerlegen oder diskursiv zu entkräften. Dabei wird deutlich häufiger auf Quellen und Expert\*innen Bezug genommen. Dies zeigt auch, dass Befürworter\*innen den Bedarf sehen, sich durch Absicherung inhaltlich Glaubwürdigkeit zu verschaffen. Das wird auch in der diskursiven Auseinandersetzung um die Definition des Mittelstands bzw. der Mittelschicht und in der unterschiedlichen Bewertung von ökonomischen Zusammenhängen deutlich. Die negativen Argumentationsmuster schließen hier geschickt an in der Gesellschaft fest verankerte neoliberale Wertvorstellungen an.

Insgesamt zeigt unsere Analyse die Stärken der ablehnenden Argumentationsmuster und die Abwesenheit einer eigenständigen und überzeugenden Narration für Vermögenssteuern. Dieses diskursive Übergewicht ablehnender Argumentationsmuster trägt ihren Teil dazu bei, dass der exzessive Überreichtum wirtschaftspolitisch nicht bearbeitet wird und damit in Zukunft wohl noch zunehmen wird.

## Literatur

- Alamo-Pastrana, Carlos und William Hoynes 2020. Racialization of news: Constructing and challenging professional journalism as “white media”. *Humanity & Society* 44(1), 67-91.
- Alvaredo, Facundo, Lucas Chancel, Thomas Piketty, Emmanuel Saez und Gabriel Zucman. 2018. *World Inequality Report 2018*, <https://wir2018.wid.world/>.
- Anderwald, Anna-Maria. 2020. Sorge vor dem Gerechtigkeitsverlust. *Der Standard*, 23. Dezember.
- Androsch, Hannes. 2009. Eine überflüssige Steuerdebatte. *Kleine Zeitung*, 16. April.
- Beckers, Kathleen und Peter van Aelst. 2019. Look who’s talking: An analysis of actors in television news (2003–2016). *Journalism Studies* 20(6), 872–890.
- Bougher, Lori D. 2012. The case for metaphor in political reasoning and cognition. *Political Psychology* 33(1), 145-163.
- Charteris-Black, Jonathan. 2017. Competition metaphors and ideology: Life as a race. In *The Routledge handbook of language and politics*, 202-217. Routledge.
- Dammerer, Quirin und Georg Hubmann. 2021. *Die Vermögenssteuer-Debatte in österreichischen Tageszeitungen*. Momentum Institut. Mai 2021, [https://www.momentum-institut.at/system/files/2021-05/vermoegensteuer\\_medien.pdf](https://www.momentum-institut.at/system/files/2021-05/vermoegensteuer_medien.pdf).
- Dammerer, Quirin, Hubmann, Georg und Hendrik Theine. Im Erscheinen. Wealth taxation in the Austrian Press from 2005 to 2020 - A Critical Political Economy Analysis. *Cambridge Journal of Economics*.
- Fairclough, Norman. 2007. Critical Discourse Analysis as a Method in Social Scientific Research. In: *Methods of Critical Discourse Analysis*, herausgegeben von Wodak, Ruth und Michael Meyer, 121-138.
- Forchtner, Bernhard und Ruth Wodak. 2017. Critical discourse studies: A critical approach to the study of language and communication. In *The Routledge handbook of language and politics*, 135-150. Routledge.
- Fritzl, Martin. 2009. PR-Desaster um die Steuerreform. *Die Presse*, 28. April
- Gavin, Neil. 2007. *Press and television in British politics: Media, money and mediated democracy*. Springer.
- Grisol, Andrea und Hendrik Theine. 2018. Zur Vermittlungsrolle von Massenmedien am Thema „Ungleichheit“. Die Piketty-Rezeption. *Wirtschaft und Gesellschaft* 44(2), 191-218.

- Grisold, Andrea und Theine, Hendrik. 2020a. Media and Economic Inequality: Review of Prior Research. In: *Economic Inequality and News Media: Discourse, Power, and Redistribution*, herausgegeben von Andrea Grisold und Paschal Preston, 70-88. Oxford University Press.
- Grisold, Andrea und Theine, Hendrik. 2020b. "Now, what exactly is the problem?" On the media coverage of economic inequalities and redistribution policies - the Piketty case. *Journal of Economic Issues*, 54(4), 1071-1094.
- Grisold, Andrea, und Hendrik Theine. 2017. How come we know? The media coverage of economic inequality. *International Journal of Communication* 11: 4265-4284.
- Gruber, F. 2005. Reichensteuer. *Oberösterreichische Nachrichten*.
- Hall, Stuart., Critcher, Chas., Jefferson, Tony., Clarke, John. and Roberts, Brain. 1978. *Policing the Crisis: Mugging, the State, and Law and Order*. London: Macmillan.
- Heck, Ines, Jakob Kapeller, und Rafael Wildauer. 2020. *Vermögenskonzentration in Österreich: Ein Update auf Basis des HFCS 2017*. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 206. Working Paper-Reihe der AK Wien.
- Hofer, Gerhard 2014. Das Zeitalter der Enteignung kehrt zurück. *Die Presse*, 17. April
- Jacobs, Alan M., et al. 2021. Whose news? Class-biased economic reporting in the United States. *American Political Science Review* 115(3), 1016-1033.
- John, Gerald. 2011. Sinnvoller Sündenfall. *Der Standard*, 25. November.
- Jungwirth, Michael. 2014. Bleierne Zeit. *Kleine Zeitung*.
- Jungwirth, Michael. 2015. Lassen wir's doch gleich mit der Steuerreform, *Kleine Zeitung*.
- Kübeck, Johannes. 2014. Ab auf die Alm! *Kleine Zeitung*.
- Lisa Mittendrein, Valentin Schwarz. 2010. Wo Pröll irrt - Vier Trugschlüsse seiner Budgetrede. *Der Standard*, 17. Dezember.
- Mahrer, Harald. 2013. Wer am Eigentum rüttelt, gefährdet die Freiheit. *Der Standard*, 18. September.
- Mio, Jeffery. S. (1997). Metaphor and politics. *Metaphor and symbol* 12(2), 113-133.
- Nowak, Rainer. 2012. Das ist kein Sparpaket. *Die Presse*, 11. Februar.
- OECD. 2022. Revenue Statistics – OECD countries: Comparative tables, <https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=REV>.
- Piketty, Thomas 2013. *Le capital au XXIe siècle*, Les Livres du nouveau monde, Le Seuil: Paris.
- Piketty, Thomas. 2019. *Capital et idéologie*, Le Seuil: Paris.

- Preston, Paschal and Henry Silke. 2011. Market'realities': De-coding neoliberal ideology and media discourses. *Australian Journal of Communication* 38(3), 47-64.
- Prior, Thomas. 2012. Der wendige Herr Parteivorsitzende, *Die Presse*, 12. Oktober.
- Rauscher, Hans. 2014. Exegese: was bleibt sind Vermögens-Substanzsteuern. *Der Standard*, 12. November
- Reynolds, Chelsea. (2019). Building theory from media ideology: Coding for power in journalistic discourse. *Journal of Communication Inquiry* 43(1), 47-69.
- Rieder, Maria und Theine, Hendrik. Im Erscheinen. Chapter 8: Breaking down the discourse, exposing power – a CDA approach. In: Maria Rieder et al. (Eds.): *How to Read Economic News: A Critical Approach to Economic Journalism*. Routledge.
- Rieder, Maria, und Hendrik Theine. 2019. "Piketty is a genius, but...': an analysis of journalistic delegitimation of Thomas Piketty's economic policy proposals." *Critical Discourse Studies* 16(3): 248-263.
- Rief, Norbert. 2012. „Eat the rich“ - aber satt werden wir davon nicht. *Die Presse*, 26. April.
- Rohan, Albert. 2012. Francois Hollande ante portas: Muss sich Europa fürchten? *Die Presse*, 2. Mai.
- Saldaña, Johnny. 2015. *The coding manual for qualitative researchers*. Thousand Oaks, CA: Sage.
- Schnauder, Andreas. 2016. Rote Parolen: Kern und die Mottenkiste. *Der Standard*, 12. September.
- Schöpf, Alois. 2014. Zerstöre dich selbst! *Tiroler Tageszeitung*.
- Sprenger, Michael. 2009. Faymanns Dilemma. *Tiroler Tageszeitung*.
- Steiner, Linda. 2017. Gender and journalism. *Oxford research encyclopedia of communication*. Oxford University Press.
- Strejcek, Gerhard. 2012. Die Traumtänzer im Robin-Hood-Kostüm "Reichensteuer" und Transaktionssteuer sind fiskalische Dummheiten. *Der Standard*, 12. Oktober.
- Stummvoll, Günter. 2019. Es trifft nicht nur die Superreichen!. *Die Presse*, 13. September
- Theine, Hendrik 2019. *Media coverage of wealth and inheritance taxation in Germany*. Department of Economics Working Paper Series No. 290
- Theine, Hendrik and Maria Rieder. 2019. "The billionaires' boot boys start screaming" - A Critical Analysis of Economic Policy Discourses in reaction to Piketty's 'Capital in the 21st Century. In: *Critical Policy Discourse Analysis*, herausgegeben von Mulderrig, Jane, Farrelly, Michael und Nicola Montessori, 169-192. Cheltenham: Edward Elgar.

- Theine, Hendrik und Andrea Grisold. 2022. Die Medienberichterstattung zur Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung in Deutschland. *ZPol – Zeitschrift für Politikwissenschaft* 32 <https://doi.org/10.1007/s41358-022-00314-6>.
- Thibodeau, Paul H., Hendricks, Rose K., & Boroditsky, Lera (2017). How linguistic metaphor scaffolds reasoning. *Trends in cognitive sciences* 21(11), 852-863.
- van Dijk, Teun A. (1991) The interdisciplinary study of news as discourse. In: A Handbook of Qualitative Methodologies for Mass Communication Research, Jensen, K.B. & Janowski, N. (eds), pp. 104–120. Routledge, London, UK.
- van Dijk, Teun A. (2009). News, discourse, and ideology. In *The handbook of journalism studies*, 211-224. Routledge.
- van Dijk, Teun A. (2013). *CDA is NOT a method of critical discourse analysis*. Retrieved from <http://www.edisoportal.org/debate/115-cda-not-method-critical-discourse-analysis>
- van Leeuwen, Theo. (2008). *Discourse and practice: New tools for critical discourse analysis*. Oxford university press.
- Völker, Michael. 2011. Politik der Boshaftigkeit. *Der Standard*, 19. Dezember.
- Wall-Strasser, Sepp. 2009. Schwarze Fiskaldemagogie, *Der Standard*, 8. Mai.